

STANDPUNKT

KOMMENTAR

Private Equity: Nähe führt zum Erfolg

Sparkassengelegene Beteiligungsgesellschaften haben sich als regionale Partner in Sachen Unternehmensfinanzierung etabliert. Eine der ältesten Gesellschaften am Markt, die Aachener S-UBG Gruppe, feiert in diesem Jahr ihr 20-jähriges Bestehen.

HORST GIER

Die S-UBG Gruppe ist heute an 40 Unternehmen beteiligt und verfügt über ein Fondsvolumen von 70 Millionen Euro. Das macht sie in ihrer Region zum Platzhirschen in Sachen Eigenkapital. Nach 20 Jahren ihrer Tätigkeit sind die Investoren vor Ort bei vielen Unternehmen gut bekannt. Diese befinden sich in verschiedenen Unternehmensphasen: So entfallen 44 Millionen Euro vom Fondsvolumen als Private-Equity- und Mezzanine-Kapital auf mittelständische Unternehmen. 18 Millionen Euro stehen in Form von Venture Capital für Investitionen in innovative technologieorientierte Unternehmen bereit. Hinzu kommt der im Jahr 2007 gemeinsam mit der NRW.Bank aufgelegte regionale Seed-Fonds mit 8,5 Millionen Euro für Unternehmen vor oder während der Gründung. Damit belegt die S-UBG einen Spitzenplatz in der Sparkassen-Finanzgruppe und eine Position im oberen Drittel aller im Bundesverband deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e.V. (BVK) organisierten Beteiligungsgesellschaften.

Durchbruch der Venture-Capital-Gesellschaften in Deutschland

Diese gute Entwicklung verläuft parallel zur Geschichte des deutschen Beteiligungsmarktes: Bei der Gründung der S-UBG 1988 stand die Mittelstandsfinanzierung im Vordergrund. Erst der internationale Hightech-Boom der 90er Jahre brachte eine Trendwende. Eine Gründerwelle überrollte das Land und gab den Ausschlag für eine Hochzeit von Venture-Capital-Investitionen. Nach amerikanischem Vorbild gegründete Venture-Capital-Gesellschaften investierten in junge und innovative, nicht börsennotierte Unternehmen mit guten Entwicklungsaussichten. Nachfrage und Angebot nach Risikokapital stiegen rasant.

Diese Entwicklung hatten die Firmenkunden-Verantwortlichen in der Sparkasse Aachen vorausgesehen: Noch vor der Gründung der S-UBG und dem Boom in den 90ern stand die Unterstützung des Technologietransfers von der renommierten RWTH Aachen durch die Sparkasse Aachen. Im Rahmen eines Innovationskreditprogramms erhielten mehr als 100 junge Unternehmen zwischen 1984 und 1988 ungesicherte Kredite. Die Sparkasse trug das volle Risiko und hatte wenig Chancen, da sie nur die Zinsen erhielt. Erster Kunde war die heute im TecDax notierte Aixtron AG aus Aachen. Zwei Top-Technokraten und der



Horst Gier: Regionale Nähe zum Kunden und partnerschaftliche Zusammenarbeit – so lautet das Erfolgsrezept der S-UBG seit 20 Jahren. Foto S-UBG

Schwiegervater des einen kamen damals mit der Idee zur Sparkasse.

Auf Grundlage des neuen Unternehmensbeteiligungsgesetzes gründete die Aachener Sparkasse 1988 zusammen mit den Sparkassen Euskirchen, Düren und Heinsberg schließlich eine eigene Beteiligungsgesellschaft. Mit einem Startkapital von zehn Millionen D-Mark investierte die S-UBG AG fortan in den regionalen Mittelstand und erweiterte ihre Finanzprodukte Schritt für Schritt. Ihr Erfolgsrezept damals wie heute: regionale Nähe zum Kunden und partnerschaftliche Zusammenarbeit. Heute zählen zu den Finanzierungsanlässen die Nachfolgeregelung durch Management-Buy-out oder -Buy-in, Gesellschafterwechsel sowie Wachstumsfinanzierung durch Übernahmen oder Expansionen in neue Märkte (S-UBG AG), Startups junger Technologieunternehmen (S-VC Fonds GmbH) und ebenso die Finanzierung gründungsnaher Hightech-Unternehmen (Seed Fonds für die Region Aachen GmbH & Co. KG).

Wirtschaft im Umbruch: Private Equity schließt Lücken

In den letzten zwei Jahrzehnten ist die Private-Equity-Branche in Deutschland zu einem wichtigen volkswirtschaftli-

chen Faktor herangereift. Durch die Modernisierung etablierter und die Schaffung neuer Unternehmen sorgt sie für Beschäftigungswachstum, treibt den Strukturwandel und so die Erneuerung der Volkswirtschaft voran. Wirtschaftswachstum und erhöhte Wettbewerbsfähigkeit sind die logische Konsequenz. Auch als Alternative zur fremdkapitalgestützten Unternehmensfinanzierung ist Private Equity für sehr wachstumsstarke Firmen nicht mehr wegzudenken. Darüber hinaus kann der Einstieg einer Beteiligungsgesellschaft für ein Unternehmen die Steigerung seiner Profitabilität und die Stärkung von Investitions- und Exporttätigkeiten bedeuten sowie zusätzlichen Nutzen durch das Wissen, Know-how und Netzwerkkontakte der Beteiligungsgesellschaft bringen.

Finanzierung aller typischen Unternehmensphasen

Unter Deutschlands Mittelstandsfinanzierern steht die Sparkassen-Finanzgruppe an erster Stelle. Daher fällt dem Geschäftsfeld Private Equity, das sie mit ihren bundesweit regional tätigen Beteiligungsgesellschaften abdeckt, eine große Bedeutung zu. Hier kann sie Firmenkunden unterstützen, denen mit

den üblichen Wegen der Unternehmensfinanzierung nicht mehr geholfen ist. Gerade Mittelständler stehen den großen nationalen und internationalen tätigen Private-Equity-Häusern oft skeptisch gegenüber. Mit der Heuschrecken-Debatte im Jahr 2005 wurden diese als skrupellose Firmenjäger angeklagt und müssen noch heute gegen diese Verunglimpfung ankämpfen. Die S-UBG hat den Veränderungen des Marktes stets Rechnung getragen und ist ihren Maßstäben dabei immer treu geblieben. Im Gegensatz zu den meisten großen Private-Equity-Häusern agiert sie ausschließlich als Minderheitsgesellschafter, investiert möglichst nachhaltig, ohne Laufzeitbegrenzung und ohne großen Exit-Druck. Mit Tatkraft und Wissen in strategischen Management-Fragen unterstützt die S-UBG die regionalen Unternehmen, in die sie investiert. Mit PIN e. V. (Partner im Netzwerk), Deutschlands wohl einzigem Netzwerk für Portfolio-Unternehmen, schaffen die Gesellschafter einen zusätzlichen Mehrwert für die finanzierten Unternehmen. Regelmäßige Treffen und Veranstaltungen bieten Anreize und Möglichkeiten zum Branchen übergreifenden Austausch.

Bis heute hat die S-UBG über 100 Firmen zwischen Aachen und Krefeld in ihrer Entwicklung vorangebracht. Die längste Beteiligung bestand über einen Zeitraum von 18 Jahren. Seit 1990 unterstützte der Finanzinvestor die KSK Industrielackierungen GmbH mit Venture Capital in mehreren Wachstumsphasen und zuletzt bei der ersten Stufe der Unternehmensnachfolge im Rahmen eines Leveraged-Buy-out. Ihre Anteile veräußerte die S-UBG im Mai an den Automobillackierer zurück.

Auch in Zukunft gut aufgestellt

Die Bankenkrise hat dem bis Mitte 2007 boomenden Beteiligungsmarkt schließlich einen Dämpfer versetzt. Doch traf dieser Rückgang insbesondere die Investoren, die große Buy-outs mittels eines hohen Fremdkapitalanteils durchgeführt haben (Leveraged-Buy-out), denn die Banken verfolgen seitdem bei der Kreditvergabe eine restriktive Linie. Das Geschäft der S-UBG – wie das vieler Venture-Capital- und Mittelstandsfinanzierer – war von dieser Entwicklung kaum betroffen. Die Investitionen blieben mit 35,5 Millionen Euro und drei neuen Partnerunternehmen im Jahr 2007 stabil. Das Beteiligungsvolumen steigerte sich um 108 Prozent von 2,6 Millionen Euro im Vorjahr auf 5,4 Millionen Euro. Damit sieht sich die S-UBG für die Zukunft gut aufgestellt und plant für das Jahr 2008 sowohl Beteiligungsveräußerungen als auch neue Investitionen.

Der Autor ist Vorstandsmitglied der S-UBG Aachen.

Erfolge feiern: 40 Jahre Zollunion

DR. JOCHEN SCHÖBER

Die EU begeht am 1. Juli still und leise den 40. Jahrestag eines ihrer größten Erfolge – der Vollendung der Zollunion. Zwar besucht der zuständige EU-Kommissar László Kovács Brennpunkte des Zollbetriebes, wie den Frankfurter Flughafen und den Rotterdamer Hafen, und er redet vor dem Europaparlament, wo er das Ereignis gebührend würdigt. Zudem hat die Kommission eigens eine Website eingerichtet – mit Veranstaltungskalender. Dem kann man zum Beispiel entnehmen, dass die Bundeszollverwaltung Ausstellungen in ganz Deutschland etwa im Rahmen des Hesenstages vorsieht oder dass im tschechischen Hermanice die Drogenspürhunde des Zolls ihren nationalen Champion ermittelten. „Wau“, möchte man da sagen. Allerdings dürfte am Frankfurter Wäldchstag beim Feiern unterm freien Himmel selbst bei zwölf Grad Celsius und Dauerregen mehr Stimmung aufkommen.

Es ist sehr schade, dass die EU ihre Jahrestage nicht mit den Bürgern zu feiern versteht. Für die gab es am 50. Jahrestag der Römischen Verträge wie am zehnten Jahrestag der EZB Tage der offenen Tür und Sonderbriefmarken, ansonsten fällt der EU nicht mehr ein, als der übliche Festakt mit denselben hochrangigen Politikern. Zum 40. Jahrestag der Zollunion dürfen wenigstens die Drogenspürhunde mitmachen. Feiern gehört jedoch zum Leben. Und wenn wir nicht endlich einen Anlass finden, gemeinsam zu feiern von Lapland bis nach Portugal und von Schottland bis nach Kreta, dann wird sich diese EU auch nicht in die Herzen der Menschen „schmuggeln“.

In einer Zeit, in der Verunsicherung und Vorurteile über die EU sich in der Bevölkerung immer mehr durchsetzen, muss man die Erfolge der Gemeinschaft demonstrierend hervorheben. Und die im Rahmen der EWG, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, aus der Taufe gehobene Zollunion ist mit der schrittweisen Abschaffung der Zollformalitäten im Innern und der Vereinheitlichung gegenüber Drittstaaten ein Pfund, mit dem sich wuchern lässt. Dabei ist wohl ihr größter Erfolg, dass man sie heute als selbstverständlich hinnimmt. Wer von Frankfurt nach Brüssel, Madrid oder Helsinki fliegt, wird vom Zoll nicht mehr behelligt. Junge Menschen kennen das nicht mehr anders, auch wenn die ganze Bequemlichkeit erst mit der Vollendung des Binnenmarktes und dem Schengen-Abkommen erreicht wurde. Aber die Zollunion war die Grundlage für alles – auch für das rasche Wachstum des Handels innerhalb der Gemeinschaft und der Vermehrung des wirtschaftlichen Wohlstandes innerhalb der EWG. Dass wir heute wie selbstverständlich zwischen griechischem und italienischem Olivenöl, zwischen spanischem und deutschem Schinken oder zwischen französischer und irischer Butter zu fairen Preisen wählen können, ist ein großer Gewinn an Lebensqualität. Vom Abbau der Handelsstrahlen und überflüssiger Bürokratie profitieren nicht nur Produzenten und Handel, sondern auch die Verbraucher.

Wer allerdings 1956 mit den Römischen Verträgen in einem vom Weltkrieg gezeichneten Europa eine Zollunion zwischen Siegern und Besiegten anstrebte, musste Mut haben. Vielleicht war es ein wenig der Mut der Verzweiflung. Denn die beteiligten Politiker hatten auf sehr hartem Wege erfahren, dass Krieg für Europa keine Option mehr war. Nur wer auf Versöhnung setzte, konnte gewinnen. Deshalb auch eine Zollunion, die gemeinsame Vorschriften für die Außengrenzen vorsieht und die anders als eine Freihandelszone die Perspektive zu einer weitergehenden Harmonisierung eröffnet. Eine Option, die dann 1993 mit der Vollendung des Binnenmarktes realisiert wurde.

Die sichtbar handelsfördernden Effekte der Zollunion dürften Staaten, die zunächst abseits standen, bewegen haben, sich um einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft zu bemühen. Ebenso hat das europäische Vorbild Wirtschaftsgemeinschaften in anderen Erdteilen gefördert. Dennoch garantiert eine Zollunion allein nicht ein auf Dauer friedliches Zusammenleben der Völker. Der Traum und das Ziel eines Vereinten Europas erfordert, dass die Völker noch mehr aufeinander zugehen. Die Zeichen dafür stehen gegenwärtig nicht gut. Es scheint, dass sich viele mit den Erfolgen der Zollunion zufriedener geben wollen. Vielleicht braucht es aber nach der raschen Erweiterung der EU nur ein wenig Geduld und Zeit, bis die Vertiefung der EU in die Wege geleitet werden kann.

HINTERGRUND

Bürger in das europäische Boot holen

Das musste ja so kommen, sagen die einen. Immer dann, wenn das Volk in Volksabstimmungen direkt seine Meinung kundtun darf, geht es richtig schief. Gott sei Dank, sagen die anderen, wessen Wille zählt denn, wenn nicht der des Volkes? Die Volksabstimmung in Irland über den Vertrag von Lissabon kippte eine zunächst mühsam erarbeitete, dann feierlich unterzeichnete und schließlich offenbar schlecht vermittelte Verfassung für Europa.

DR. BETTINA WIESS

Rund 110 000 fehlende Stimmen brachten eine Regie durcheinander, die vorsah, dass in der französischen EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 ein Regelwerk von 26 Parlamenten und einem „Volk“ verabschiedet sein sollte. Und plötzlich machte das „Volk“ nicht mit. So verschaffte denn auch der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy seinem Ärger Luft und schlug erst einmal den Kroaten die Tür vor der Nase zu, weil er die Iren nicht verstand. Aber wer versteht denn noch Europa? Bei der Expertenanhörung des Europa-Aus-

schusses des Bundestages zur Ratifikation des Vertrages beklagten sich die Abgeordneten darüber, nicht alle Papiere aus Brüssel lesen zu können – sollte man fragen, geschweige denn verstehen? Berlin ist nicht Brüssel, der Wahlkreis liegt zwar in der EU, aber auch weit weg. Oder doch nicht?

Das Thema Europa bringt zwei Entwicklungen der parlamentarischen Demokratie zum Ausdruck: einmal die des inhaltlich spezialisierten Abgeordneten, der sich in einer Materie hervorragend, dafür aber in anderen nur rudimentär auskennt und schließlich, das Informationsdefizit einer Abgeordnetenmehrheit ausnutzend, den Machtzuwachs der Exekutive. Dadurch entfernt sich die Gestaltung eines einheitlichen Europa immer mehr von begreifbarer Politik hin zu einem Paragrafen-, Posten- und Finanzierungswirrwarr. Doch so wenig sexy die Verhandlungen über Milchquoten auch sein mögen, die aktuellen Lebensmittelpreise zeigen, dass europäische Politik de facto stärker mitmisch, als viele Menschen wissen. Dies zu vermitteln braucht es mehr als einer Handvoll Abgeordneter. So fordert der Präsident des Europäischen Parlamentes, Hans-Gert Pötering, zu Recht, dass

sich Politiker aus Bund, Ländern und Kommunen stärker für die EU und ihre Politikfelder einsetzen müssten.

Europa braucht Themen und Personen, mit denen sich die Europäer identifizieren können. Wim Duisenberg war „Mister Euro“, ein gestandener Europäer/Europäerin könnte „Mister oder Mrs. Europa“ werden. Und wie man derzeit in Deutschland sehen kann: Eine gute Außenpolitik hilft in der Profilierung über die Niederungen mancher leidlicher Themen hinweg, also bleibt die Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, die spätestens bei der nächsten Krise wieder aufkommt, die aber auch für die Bürger Europas zu einer Identifizierung mit diesem Gebilde dienen könnte. Und schließlich: Dank der Türkei! Ihr Aufnahmeantrag wird in allen europäischen Staaten das anzetteln, was man mühsam zu verschweigen versucht: eine Diskussion darüber, wer warum oder warum nicht dazugehört, was Europa ist und was es sein soll, was es leisten kann und was nicht. Diese Diskussion, die die CDU mit dem institutionell untauglichen Konzept der „privilegierten Partnerschaft“ zu umgehen versucht, während die SPD bangen muss, bei ih-

rer Zustimmung eine satte Mehrheit der eigenen Parteimitglieder hinter sich zu wissen, wird, wenn man sie zulässt, in ganz Europa eine Dynamik entfalten, die viele zwingt, genau über diese existenziellen Fragen einer europäischen Union nachzudenken.

Einstweilen segelt Europa unter dem Vertrag von Nizza weiter und muss versuchen, die an ihrer eigenen Küste gestrandeten Iren zurück ins europäische Boot zu holen. Der Lissabon-Vertrag wäre tot, würde noch ein Land ihn nicht ratifizieren. Ein Europa der „zwei Geschwindigkeiten“ darf es in der Frage der eigenen Verfasstheit nicht geben und eine „differenzierte Integration“ scheint zumindest hier nicht praktikabel. Verschiedentlich wurde vorgeschlagen, die Iren über ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union abstimmen zu lassen. Sollten sie auch dazu „nein“ sagen, würde eine Amtssprache frei, denn seit dem 1. Januar 2007 ist „Gaeilge“, die offizielle Amtssprache Irlands, auch EU-Amtssprache – und könnte in einigen Jahren durch Türkisch ersetzt werden, sogar mit einem besseren Aufwand-Nutzer-Verhältnis. Vielleicht lässt sich daran den Iren vor Augen führen: sie irren.